



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/141 - 20.6.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

Todesstoss für die EVG	S. 1
Prag und Bonn	S. 3
Kommunisten planen Störaktionen	S. 5

## Frankreichs Sonderrechte bestätigt

Zur Veröffentlichung der Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag

(sp) Ernst nach der jetzt erfolgten Veröffentlichung des Wortlautes der Zusatzprotokolle wird ganz klar, wie sehr die Bundesregierung mit ihrer seinerzeitigen Unterschrift unter die Protokolle bereit war, um eines vermeintlichen aussenpolitischen Erfolges willen der Erfüllung französischer Wünsche den Vorrang vor dem Bestehen auf dem deutschen Recht nach Sicherheit zu geben. Nachdem mit dem im Mai 1952 in Paris unterzeichneten Vertrag die Bundesregierung sich damit abgefunden hatte, daß künftige deutsche Soldaten im Rahmen einer kaum funktionsfähigen kleineuropäischen Armee einem Oberkommando unterstellt werden, in dem es kein deutsches Mitbestimmungsrecht gibt, konnte die deutsche Öffentlichkeit erwarten, dass die Regierung wenigstens bei ergänzenden Verhandlungen auf der Berücksichtigung der deutschen Belange bestehen würde.

Das Gegenteil ist geschehen. Die Regierung hat einer Auslegung des Vertrages zugestimmt, mit der Frankreich die Möglichkeit erhält, jederzeit unter Hinweis auf Aufgaben der ihm - im Gegensatz zur Bundesrepublik - verbleibenden nationalen Streitkräfte Stärke und Zusammensetzung seiner EVG-Kontingente zu verändern bezw. zu verringern. Ebenfalls bestätigt wurde der

Verzicht der Bundesregierung auf die Gleichberechtigung in der Rüstungsproduktion und - was am schwersten wiegt - der Verzicht auf eine ausreichende Sicherung der deutschen Heimatverteidigung. Es soll auch nach den Zusatzprotokollen dabei bleiben, dass deutsche Soldaten vom Oberkommando des Atlantik-Pakts, in dem es kein deutsches Mitspracherecht gibt, nach Belieben auch zum Schutz der übrigen Länder eingesetzt werden können - der Schutz der Wohn- und Produktionsstätten der Bundesrepublik aber soll einzweitrangige Frage bleiben.

Dem entspricht es, wenn die Bundesrepublik nur eine taktische Luftwaffe zur Unterstützung der dem Atlantik-Pakt unterstellten Landstreitkräfte, aber keine Luftwaffe zur Abwehr feindlicher Luftangriffe auf deutsches Gebiet erhalten soll. Von diesen im Kriegsfall über Leben und Tod deutscher Menschen entscheidenden Fragen ist in den Zusatzprotokollen mit keinem Wort die Rede. Dafür erfolgt lediglich eine sehr weit auslegbare Bestätigung der französischen Sonderrechte. Wie weit diese Auslegungen gehen, haben die letzten Pariser Kommentare zu den Zusatzprotokollen unterstrichen. Auch dass die Bundesregierung bei den ergänzenden Verhandlungen zum EWG-Vertrag nicht auf einer die deutsche Niedervereinigung eindeutig berücksichtigenden Auslegung der Bindungsklausel der deutsch-alliierten und damit auch des EWG-Vertrages bestand, darf nicht unerwähnt bleiben. Das Fazit aus den Zusatzprotokollen muss also in der Feststellung liegen, dass die Bundesregierung Sonderrechte Frankreichs bestätigte, aber in keinem Punkt auf deutschen Lebensrechten bestand.

Der EWG-Vertrag ist damit noch weniger annehmbarer geworden. Ohne neue Verhandlungen über einen neuen Rahmen für die deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Verteidigung kann dieser Beitrag den Deutschen in keinem Fall zugemutet werden. Die Entwicklung wird zeigen, wann und von welchem Ausgangspunkt diese Verhandlungen aufgenommen werden müssen. Der EWG-Vertrag und seine Zusatzprotokolle sollten dann für die deutschen Unterhändler nur ein Beispiel dafür sein, was unzumutbar ist. Wer will, mag es als ein Verdienst der vierjährigen Regierungszeit Dr. Adenauers anerkennen, dass dieses Beispiel so überzeugend gegeben und mit den Zusatzprotokollen noch einmal unterstrichen wurde.

Noch immer deutsche Zwangsarbeiter in der CSRVon Wenzel J a k s c h

Die "Eisschmelze" der kommunistischen Amnestien hat bisher die Tschechoslowakei nicht erreicht, Prag ist damit zum westlichsten Vorposten einer kompromisslosen Unmenschlichkeit geworden. Sogar das volksdemokratische Polen legte Wert darauf, von Zeit zu Zeit einen kleinen Transport von Deutschen freizugeben, die die ihnen von den Volksgerichten zudiktierten Freiheitsstrafen verbüsst hatten. Nichts hat sich dagegen an dem Schicksal der Deutschen geändert, die von den tschechischen Volksgerichten, oft unter den fadenscheinigsten Vorwänden, auf lange Jahre hinaus in Bergwerke, Steinbrüche und sonstige Zwangsarbeitslager geschickt wurden. Aus der Tatsache, dass in den letzten Jahren nur in wenigen Ausnahmefällen freigelassene Strafgefangene aus der CSR im Westen eingetroffen sind, kann man schliessen, dass in der Regel die Hafttermine willkürlich verlängert werden, bis aus den Opfern der Volksgerichte der letzte Rest von Arbeitsfähigkeit herausgepresst ist.

Solange Clement Gottwald an der Macht war, konnte dieser Zustand nicht wundernehmen. Dass aber sein Nachfolger Zapotocky noch nicht zu den formalen "Rechtsnormen" der Volksdemokratien zurückgefunden hat, ist eine weitere Verleugnung seiner gewerkschaftlichen Vergangenheit. Leider ist auf deutscher Seite seitdem zu wenig geschehen, um das Problem der Sklavenwirtschaft in der CSR vor das Forum der internationalen Öffentlichkeit zu bringen. So oft die sozialistische Seliger-Gemeinde zusammentritt, hat sie ihre Stimme für die vielen Tausende von Sudetendeutschen erhoben, welche im achten Nachkriegsjahr noch immer hinter Stacheldraht und Kerkergittern schmachten. Die "Sprecher" der Sudetendeutschen Landsmannschaft haben es aber vorgezogen, auf den grossen Kundgebungen der Volksgruppe nebulose Föderationspläne zu verkünden, anstatt das Nächstliegende zu tun, nämlich vor dem Forum des Weltgewissens von den tschechischen Machthabern die Herausgabe ihrer Gefangenen zu fordern.

Die bisherige Passivität der berufenen Stellen ist aber nicht länger zu rechtfertigen, seitdem der Gang der internationalen Entwicklung die Herren von Prag zwingt, von sich aus das Gespräch

mit Westdeutschland zu eröffnen. Ministerpräsident Schiroky hat sich unlängst in Pressburg für eine Normalisierung der Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland ausgesprochen, Zweifellos stecken hinter der Erklärung Schirokys reale wirtschaftliche Interessen. Darüber hinaus kann es sich aber auch eine volksdemokratische Tschechoslowakei nicht leisten, vollständig isoliert auf dem Standpunkt von 1945 zu verharren. Diese Tatsache sollte in Bonn bei der Stellungnahme zu den handelspolitischen Fühlern der Regierung Schirokys beachtet werden. Die einmütige Antwort der deutschen Öffentlichkeit und die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Normalisierungswünschen des Herrn Schiroky müsste daher die Forderung nach einer Amnestie für die deutschen Strafgefangenen und Zwangsarbeiter in der Tschechoslowakei sein.

+ + +

Wahlmärchen

*Zinn am 22. 6. 53*

(sp) Die "Kasseler Post" brachte am 19. Juni eine Meldung, wonach der letzten Sitzung des SPD-Parteivorstandes ein stark negativer Bericht des hessischen Ministerpräsidenten Zinn über Erfahrungen mit der Sozialisierung in Hessen vorgelegen habe. In der Meldung werden eine Reihe von Ziffern, die Zinn angeblich als Beweise für einen Misserfolg der hessischen Sozialisierung genannt habe, angeführt.

Dazu ist festzustellen, dass irgendwelche "Unterlagen", wie es in der Meldung heisst, oder sonst ein Bericht ähnlicher Art dem Parteivorstand nicht vorgelegen haben. Ministerpräsident Zinn hat uns ausserdem ermächtigt, mitzuteilen, dass die in der "Kasseler Post" genannten Zahlen über angebliche Subventionen, Steuerausfälle und Steuernachlässe frei erfunden sind. Die in Gemeineigentum überführten Unternehmungen und Betriebe arbeiten mit gutem Erfolg und es besteht daher keinerlei Veranlassung, die vorgenommene Vergesellschaftung etwa ganz oder teilweise rückgängig zu machen, was nach der Meldung der genannten Zeitung die Tendenz der - erfundenen - Unterlagen des hessischen Ministerpräsidenten gewesen sein soll.

Es handelt sich bei dem Bericht der hessischen Zeitung um eine sehr plumpe Wahlmache, die auf einem einfach erdichteten Sachverhalt beruht.

+ + + - 5 -

Den Kommunisten auf die Finger sehen

(sp) Der Aufstand der Ostberliner Arbeiter und die darauf folgenden Ereignisse in der Sowjetzone offenbarten den völligen politischen und moralischen Bankrott der SED. Unter dem Eindruck dieser historischen Tage dürften auch in der Bundesrepublik die letzten spärlichen Reste der kommunistischen Partei zu der heilenden Erkenntnis kommen, dass ihre Tage abgelaufen sind und sie in der deutschen Politik keinerlei Existenzberechtigung mehr besitzen. Sogar als ein für die sowjetische Besatzungsmacht bisher nützliches Instrument haben die SED und ihr westdeutscher Ableger ihren Unwert bewiesen. Viele Anzeichen deuten nun darauf hin, dass die KP-Führer, um sich selbst zu retten und ihre Nützlichkeit zu beweisen, gleich Ertrinkenden zu Verzweiflungstaten schreiten werden. Geplant sind Störaktionen, Unruhen und provozierte Zusammenstöße.

Hier gilt es rechtzeitig den Kommunisten auf die Finger zu klopfen, um grösseren Schaden für die Arbeiter in den Fabriken, Werften und Gruben zu verhindern. Mit den Kommunisten gab und gibt es nach den Worten von Ollenhauser nicht die geringste Gemeinsamkeit, wer mit ihnen paktiert, leistet den Feinden der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes Schützenhilfe. Die Kommunisten haben endgültig das Recht verwirkt, den Namen der deutschen Arbeiterschaft überhaupt noch im Munde zu führen. Dort, wo sie die Macht hatten und haben, führten sie die verwerflichsten Ausbeutungsmethoden in der Geschichte ein.

Neben der erklärten Absicht, durch provokatorische Zwischenfälle an der Zonengrenze und wilde Streiks das moralische Fiasko zu verdecken, spielt auch der Wunsch hinein, die Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch Freundschaftsangebote und gemeinsame Aktionen zu diskreditieren. Kein grösserer Dienst könnte der deutschen Reaktion erwiesen werden, wenn auch nur Bruchteile der Arbeiterschaft auf dieses allzu durchsichtige Manöver der um ihre Existenz kämpfenden KP-Führung hereinfielen. Zum Glück besteht in dieser Hinsicht kein Grund zur Besorgnis, aber Wachsamkeit und Vorsicht sind dennoch geboten.

---

Verantwortlich: Peter Raunau